

Anlage Haushaltsrede

Auch der Gemeindehaushalt 2017 ist das Spiegelbild unserer Gemeinde, mit allen Facetten. Die Volumina mit rund 6,3 Mill. im Verwaltungshaushalt und mit rund 1,9 Mill. im Vermögenshaushalt sind sehr beträchtlich, was natürlich auch auf den Gesamthaushalt mit rund 8,1 Mill. zutrifft. An den verschiedenen Stellen des Verwaltungshaushaltes sind Personalkosten veranschlagt. Ein modernes öffentliches Dienstleistungsunternehmen, wie die Gemeinde, beschäftigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das kostet Geld. Wir stehen zu diesen notwendigen Ausgaben.

Personalentscheidungen wurden in den letzten Jahren, gemäß der Bayerischen Gemeindeordnung, immer mehr auf die Bürgermeister/innen konzentriert, was grundsätzlich unsere Zustimmung findet. Das entbindet den Gemeinderat nicht von seinen Kontrollpflichten und auch nicht von seinen Fürsorgepflichten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. Eine größere Anschaffung, die neue Bekleidung für unsere Feuerwehren. Steht aus haushaltsrechtlichen Gründen im Verwaltungshaushalt. Unabhängig davon, wo der Haushaltsansatz steht, findet diese Anschaffung unsere vollste Zustimmung. Ein zukunftsfähiger Haushalt hängt besonders von zwei Voraussetzungen ab, Schuldenabbau und Investitionen. Beide Voraussetzungen sind erfüllt. Die größte und dringlichste Investition stellt die Wasserversorgung dar. Schon vor Jahren war uns klar, dass nach der Modernisierung der Anlagen, Stichwort Ultrafiltration, das Leitungsnetz saniert werden muss. Die veranschlagten Kosten von 4,2 Mill. überraschen uns nicht. Von dieser Summe sind im Haushalt mehr als 800.000 Euro veranschlagt. Schön, dass wir mit einer solchen Auftragssumme beginnen können. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, es sind noch 3,4 Mill. aufzuwenden. Diese Kraftanstrengung ist so groß, dass sie über die laufende Amtsperiode hinaus reicht.

Der Schutz vor Starkniederschlägen darf nicht in Vergessenheit geraten, nur weil wir einige Jahre Glück hatten. Das Damoklesschwert von notwendigen Aufwendungen in Millionenhöhe dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Erstaunlicherweise schlägt sich das in der Finanzplanung, die bis 2020 reicht, nicht nieder. Mit Augen zu und durch werden wir das Problem nicht lösen. Bei der Heinersreuther Sporthalle gibt es Ansätze für die Jahre 2018 bis 2020 von je 400.000 Euro. Ob diese 1,2 Mill. reichen, wird sich zeigen. Der erfreuliche Zuspruch zu unseren Kinderbetreuungseinrichtungen bedeutet, vielleicht schon sogar kurzfristig, bauliche Maßnahmen, die auch nicht aus der Portokasse bezahlt werden können. Die neue Ortsmitte in Altenplos tragen wir selbstverständlich mit, auch die Kosten. Wir hoffen, dass ohne viel Bürokratie zeitnah eine gute Lösung gefunden wird. Beim Straßenunterhalt sind im Verwaltungshaushalt 60.000 Euro angesetzt, die Ausgaben 2016 lagen leicht darüber. Im Vermögenshaushalt gaben wir 2015 und 2016 zusammen rund 200.000 Euro für Deckensanierung aus. Für 2017 lesen wir, entfällt. Womöglich gilt hier das Prinzip Hoffnung. Wir freuen uns über einige kleinere Ansätze aus unserem Antrag "Ökologische Gemeinde". Absolut kontraproduktiv sehen wir die, durch die Bürgermeisterin veranlasste, Vernichtung des Feuchtbiotopes am Rathaus. Was die Ortsentwicklung betrifft, bleiben wir bei unserer Auffassung, die Schaffung von Wohnmöglichkeiten in den Ortskernen hat absoluten Vorrang vor neuen Baugebieten in der "grünen Wiese". Wir sind fest davon überzeugt, alle Möglichkeiten sind noch lange nicht ausgeschöpft und wir erwarten weitere Initiativen seitens der Bürgermeisterin und der Verwaltung. In letzter Zeit reagierte die Gemeinde immer nur auf private Wünsche nach Bebauungsplänen. Wir wollen, dass die Gemeinde die Planung wieder in die eigenen Hände nimmt, so wie früher erfolgreich praktiziert. Agieren ist immer besser als reagieren. Damit bringen wir erneut unsere Forderung nach einer sozialen Bodennutzung in die Diskussion, die voll und ganz im Einklang mit der Bayerischen Verfassung steht. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass bei den Kolleginnen und Kollegen der CSU ein Umdenken einsetzt. Es kann doch nicht sein, dass sich unsere jungen Familien unsere Gemeinde nicht mehr leisten können. Die z.Zt. gehandelten Grundstückspreise in unserer Gemeinde sind extrem hoch. Fleißige Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Selbständige bescheren uns eine stolze Einnahme von rund 2,3 Mill. Euro beim Einkommenssteueranteil. Sollte sich der Vorschlag des Bundesfinanzministers und Teilen der Union, Steuern in beträchtlicher Höhe zu senken, durchsetzen, dann führt das auch in unserer Gemeinde zu Mindereinnahmen, die wir nicht verkraften können. Die Gewerbesteuer bleibt erfreulich hoch, dank kreativer

Gewerbetreibender. Der Ansatz mit 915.000 Euro ist sehr vorsichtig gewählt, was wir richtig finden. Auch an dieser Stelle bitten wir alle Bürgerinnen und Bürger, das heimische Gewerbe zu unterstützen, nicht nur wegen der Steuer. Leider sinken die Schlüsselzuweisungen um rund 120.000 Euro. Schlüsselzuweisungen bleiben, im gewissen Sinne, immer ein Buch mit sieben Siegeln. Die Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung dürften wieder steigen, wenn es keine Straßensperrungen mehr gibt. Leider steigt die Kreisumlage um mehr als 90.000 Euro, so dass die Gemeinde Heinersreuth den Landkreis Bayreuth mit rund 1,5 Mill. Euro mit finanziert. Wenn wir uns die schon bekannten und die vermuteten Ausgaben, inklusive derer für die "Ökologische Gemeinde", ansehen, dann bleibt kein Raum für weitere Projekte. Zur Erinnerung, wir schaffen es bis 2020 nicht, die Wasserleitungssanierungen zu finanzieren. Natürlich kennen wir den Hinweis von anderer Seite auf die Zuschüsse. Bevor wir solche überhaupt bekommen können, müssen wir Geld ausgeben, das wir nicht haben. An dieser Stelle auch einen Blick auf den Schuldenstand. Wenn alles gut geht, dann beträgt er am Jahresende 3.406.000 Euro. Wenn wir in den Folgejahren jeweils 426.000 Euro tilgen, so wie 2017 vorgesehen, brauchen wir acht Jahre, um schuldenfrei zu sein. Dabei darf es allerdings in diesem Zeitraum zu keiner Netto neuverschuldung kommen. Die Schulden der gemeindeeigenen GmbH sind dabei noch nicht berücksichtigt. An Zinsausgaben sind veranschlagt 135.000 Euro, das ist mehr als das Doppelte der Summe für Straßenunterhalt.